

RUDOLF REINHARDT

## Die Christlichen Gewerkschaften und der Nationalsozialismus Bemerkungen aus Anlaß einer Neuerscheinung

Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts wurde in den beiden letzten Jahrzehnten von der historischen Forschung zunehmend beachtet. Dies gilt für die Arbeitervereine ebenso wie für die Gewerkschaften. Dabei fällt für die letzteren und für die Zeit bis 1933 auf, daß die sogenannten »Freien«, die sozialistischen und der SPD nahestehenden Verbände ungleich mehr Aufmerksamkeit fanden als die beiden großen anderen Gruppierungen, die Christlichen und die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften. Oft begegnen die »Freien« als *die* Gewerkschaften. Die roten Gewerkschaften, auch älter als die beiden anderen Verbände, hatten bis 1933 stets bedeutend mehr Mitglieder. Ein weiterer, wohl ebenso wichtiger Grund ist die Tatsache, daß für viele Zeitgenossen heute »Arbeiterbewegung« nur im sozialistischen Kontext möglich und denkbar ist. Auch die Entwicklung der Einheitsgewerkschaft in Deutschland seit 1945 mit ihrer starken Bindung an die SPD mag nicht wenig zu dieser Akzentuierung beigetragen haben.

Auf diesem Hintergrund ist es erfreulich, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Geschichte der Christlichen Gewerkschaften in Auftrag gegeben hat. Das Ergebnis, eine faktengesättigte, materialreiche Darstellung von fast 800 Seiten, liegt nun vor<sup>1</sup>. Dies ist um so höher anzuschlagen, da die Quellenlage alles andere als günstig ist (siehe unten). Zu wünschen wäre allerdings, daß der Verfasser selbst noch eine Kurzfassung seiner Untersuchung anfertigt. Bei der Lektüre sieht man oft »vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr«, und es gehört ein gehöriges Stück Enthusiasmus dazu, sich durch das dicke Buch hindurchzuarbeiten. Bei einer solchen Kurzfassung könnte der Verfasser auch einige Vorurteile gegenüber den Christlichen Gewerkschaften revidieren, die gegenwärtig noch (vor allem im Schluß S. 763–766) gelegentlich durchschimmern.

Von anderen Untersuchungen zur Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung, die in den letzten Jahren entstanden sind und Beachtung verdienen, seien die Arbeiten von Rudolf Brack über den Gewerkschaftsstreit<sup>2</sup> und von Hans Dieter Denk über die christliche Arbeiterbewegung in Bayern<sup>3</sup> genannt. Es sind solide gearbeitete, wohl dokumentierte Untersuchungen. Ein wichtiger, noch immer unentbehrlicher Beitrag zur Selbstdeutung und historischen Reflexion der Christlichen Gewerkschaften ist ein Vortrag von Adam Stegerwald »25 Jahre Gewerkschaftsbewegung«<sup>4</sup> aus dem Jahre 1924.

1 MICHAEL SCHNEIDER, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Politik: Politik und Gesellschaftsgeschichte 10), Bonn 1982, XII, 815 S.

2 Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914 (Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte 9), Köln/Wien 1976.

3 Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg (VeröffentlKommZG B 29), Mainz 1980.

4 Berlin 1924.

### *Die Anfänge*

Die Anfänge der christlichen Gewerkschaftsbewegung festzumachen, ist nicht leicht. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden verschiedene Konzeptionen diskutiert und praktiziert, die man als »Vorläufer« der späteren Gewerkschaften sehen kann (aber nicht muß). Hinzuweisen ist zum Beispiel auf die Gesellenvereine von Adolf Kolping. Da aber nur ledige Handwerker aufgenommen wurden, war dies, zumal bei zunehmender Industrialisierung, eine zu schmale Basis für die Organisation aller Arbeitnehmer. Konfessionell bestimmte Arbeitervereine waren ebenfalls wenig geeignet, effizient und schlagkräftig die Interessen der Lohnempfänger zu vertreten. Dies gilt auch für die sogenannten »Fachabteilungen« der katholischen Arbeitervereine; sie wurden seit 1890 zunehmend propagiert. Während die Arbeitervereine selbst, meist unter Führung eines geistlichen Präses, sich um die sittlich-religiöse und geistige Hebung der Arbeiter bemühten, sollten die »Fachabteilungen« deren wirtschaftlichen Interessen vertreten. Eine solche Konzeption hatte aber in der rauen Wirklichkeit – die Geschichte sollte dies beweisen – wenig Wirkung und Erfolg.

Schneider läßt die Geschichte der Christlichen Gewerkschaften 1894 mit der Gründung eines Bergarbeiter-Gewerkvereins im Ruhrgebiet beginnen. Die Basis der Einigung der Bergleute war die gemeinsame christliche Weltanschauung. Weitere Gewerkvereine folgten in rascher Folge, so für die Bauarbeiter, die Metallarbeiter, die Textilarbeiter. Als territoriale Schwerpunkte muß in den Anfängen neben dem Ruhrgebiet und den Rheinlanden auch München genannt werden; später spielte diese Stadt in der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine bedeutende Rolle mehr.

1899 kam es in Mainz zur Gründung eines Gesamtverbandes. Dabei fällt auf, daß die Teilverbände, die sich zusammenfanden, von unterschiedlichem Gewicht und ungleicher Größe waren. Neben einem »Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands« mit 22 000 Mitgliedern stand der »Christlich-soziale Fachverein der Former in Duisburg« mit 83 Mitgliedern. Solche Ungleichheiten konnten im Laufe der Zeit überwunden werden, d. h. es entstanden für die einzelnen Berufssparten Teilgewerkschaften für ganz Deutschland. Die stärksten Gruppen blieben Bergbau, Textil und Metall.

In Mainz wurden einstimmig die sogenannten »Mainzer Leitsätze« verabschiedet; sie sollten die Grundlage für die künftige Arbeit sein. Unter anderem wurde festgelegt:

a) Die Christlichen Gewerkschaften sind politisch neutral, d. h. sie binden sich (im Gegensatz zu den »Freien« Gewerkschaften) an keine Partei. Später wurde dies dahingehend konkretisiert, daß die Mitgliedschaft in einer sozialistischen Partei mit der Zugehörigkeit zu einer Christlichen Gewerkschaft nicht vereinbar ist.

b) Die Christlichen Gewerkschaften sind interkonfessionell, d. h. sie stehen allen Arbeitnehmern, die sich zu den Grundsätzen christlicher Ethik bekennen, offen.

c) Die Gewerkschaften vertreten die sozialen und wirtschaftlichen Belange der Arbeitnehmerschaft.

Auf der Grundlage der Mainzer Leitsätze wurde die Programmatik der Christlichen Gewerkschaften entfaltet, so zum Beispiel die Richtlinien, die der Gesamtverband am 30./31. August 1921 verabschiedet hat<sup>5</sup>. Die Mainzer Ideen prägten auch die spätere Verbandsarbeit.

Der Grundsatz parteipolitischer Neutralität ließ sich im Laufe der Zeit nicht korrekt durchhalten. Durch das starke Übergewicht katholischer Arbeitnehmer in den Reihen der Christlichen Gewerkschaften kam es fast von selbst zu einer engen Verflechtung mit dem Zentrum, zumal einige bedeutende Arbeiterführer aus den Gewerkschaften recht bald respektable und respektierte Positionen in der genannten Partei erhielten.

5 THEODOR BRAUER, Die Gewerkschaft als Organ der Volkswirtschaft, Berlin 1921, 31–48.

*Der Gewerkschaftsstreit*

Bald nach der Verabschiedung der »Mainzer Leitsätze« war das Prinzip der Interkonfessionalität hart umstritten, und zwar von seiten beider Konfessionen. Besonders bekannt wurde der katholische »Gewerkschaftsstreit«<sup>6</sup>. Bereits im Oktober 1900 erklärte Erzbischof Thomas Nörber (1846–1920) von Freiburg in einem Rundschreiben an seinen Klerus, bei den Christlichen Gewerkschaften sei das Wort »christlich« nur leerer Schall und bloßes Aushängeschild. In diesen Gewerkschaften würden für die Sozialdemokratie jene Kräfte organisiert, die vorläufig noch auf dem Boden der herrschenden Gesellschaftsordnung bleiben wollten<sup>7</sup>. Es kam zu einer Aussprache zwischen dem Erzbischof und badischen Gewerkschaftsführern. Adam Stegerwald stellte später fest: »Die Angelegenheit wurde zur Zufriedenheit der Letzteren beigelegt«<sup>8</sup>.

Dieser Zwischenfall kann als Vorspiel zum »großen« Gewerkschaftsstreit gesehen werden, der bekanntlich sehr aufwendig und lautstark geführt wurde. Die »Berliner Richtung«, vor allem durch Kardinal Georg Kopp (1837–1914) von Breslau und Bischof Michael Felix Korum (1840–1921) von Trier vertreten, lehnte die interkonfessionellen Gewerkschaften ab; sie verlangte vielmehr katholische Gewerkschaften bzw. die bereits erwähnten »Fachabteilungen« in den Arbeitervereinen. Dagegen stand die »Kölner Richtung«, die vor allem von Erzbischof Anton Hubert Fischer (1840–1912) unterstützt wurde. Papst Pius X. nahm nie eindeutig Stellung; doch ließen sich manche Äußerungen zugunsten der Berliner Linie auslegen. Der in anderen Lebensbereichen vom Papst vertretene Integralismus deutet ebenfalls in diese Richtung. Die ganze Palette der Argumente gegen die Christlichen Gewerkschaften und für die Gründung konfessioneller Verbände faßte dann der unter dem Pseudonym J. Carbonarius schreibende Trierer Pfarrer Jakob Treitz zusammen<sup>9</sup>.

Die »Berliner Richtung« warf den Christlichen Gewerkschaften vor: Hier entwickeln sich Verbände, die zwar christliche sein möchten, in keiner Weise aber dem kirchlichen Lehramt oder der kirchlichen Leitung unterstehen. Auch wirtschaftliche Ziele können und dürfen nicht in einem wertfreien Raum angestrebt werden. Die sittliche Wertskala untersteht aber dem Urteil des Lehramtes; dieses hat bei den interkonfessionellen Gewerkschaften keine Möglichkeit, direkt einzugreifen. Für eine Vereinigung von Arbeitnehmern auf christlicher Basis genügt es nicht, nur wirtschaftliche Ziele anzustreben. Auch andere, nicht-christliche Gewerkschaften verfolgen solche Absichten. Deshalb entsteht die Gefahr, daß durch derartige Gemeinsamkeiten angeblich »wertfreie« Bindungen an die Gegner der christlichen Religion entstehen. Die sogenannten »Freien« Gewerkschaften sind von Marxismus, Sozialismus und Darwinismus geprägt, sind bewußte und entschlossene Weltanschauungsgruppen, die einen militanten Atheismus vertreten. Ihnen gegenüber können nur eindeutig geprägte Verbände effizient arbeiten. Die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften sind ohnehin fast nur Katholiken. Evangelische Arbeiter engagieren sich kaum. Die katholischen Gegenden Deutschlands (Rheinland, Westfalen) sind die Hochburgen der Christlichen Gewerkschaften. Rein katholische Verbände wären eine Konzentration der Kräfte.

Der »katholische« Gewerkschaftsstreit wurde erbittert geführt. Erst der Tod von Kardinal Kopp (4. März 1914), der Ausbruch des Ersten Weltkriegs und die Wahl Papst Benedikt XV. setzten ihm ein Ende. Der Gewerkschaftsstreit absorbierte viele Kräfte. Auch später blieb ein

6 Vgl. dazu auch das o. g. Buch von Brack (oben Anm. 2) 172–211.

7 STEGERWALD, Gewerkschaftsbewegung (oben Anm. 4) 7f.

8 Ebd. S. 8.

9 Kann und darf ich für eine Arbeiterbewegung auf katholischer Grundlage eintreten? Ein ruhiges Wort an Freund und Gegner unter den Katholiken, Trier 1904.

Großteil der katholischen Geistlichkeit in einer gewissen Distanz gegenüber den Christlichen Gewerkschaften. Diese wiederum waren, um die Kluft nicht noch mehr zu vergrößern, in sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen teilweise zur Zurückhaltung gezwungen. Insgesamt hatten die christlichen Gewerkschafter oft den Eindruck, man lasse sie bei ihrer Arbeit, auch bei der Auseinandersetzung mit Sozialismus und Atheismus, allein. Vor allem die sogenannte christliche Intelligenz traf dieser Vorwurf. (Adam Stegerwald stellte einmal fest, die »Freien« Gewerkschaften und die Hirsch-Dunkersche Richtung hätten viele Mitarbeiter und Helfer in den freien Berufen, vor allem unter den Akademikern.) Von diesem Vorwurf ist das Umfeld des katholischen Volksvereins in Mönchengladbach und der Kreis um die Kölnische Volkszeitung auszunehmen.

Eine positive Folge dieser klerikalen Zurückhaltung war, daß es den Christlichen Gewerkschaften überlassen blieb, die Grundsätze christlicher Ethik in die Arbeitswelt (vor allem bei Arbeitskämpfen) und in den Alltag umzusetzen. 1924 stellte Adam Stegerwald fest: »Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist Arbeiterbewegung im besten Sinne des Wortes, sie hat bei ihrer Gründung die Tatsache vorgefunden, daß ihr von den Religionsgesellschaften, insbesondere von der katholischen Kirche, bedeutsame Vorarbeit geleistet war durch die vorhandenen christlichen Fonds in breiten Kreisen der Arbeiterschaft. Diese Fonds aber zu sozialem Denken und großer gewerkschaftlicher Opferwilligkeit umzumünzen, war das Werk der Christlichen Gewerkschaften selbst«<sup>10</sup>.

Auch auf evangelischer Seite kam es zu »Gewerkschaftsstreitigkeiten«. Manche evangelische Pfarrer lehnten christliche Gewerkschaften ab; sie verlangten eigene Arbeitervereine. Offen wurde die Furcht geäußert, durch den Beitritt in die katholisch bestimmten Christlichen Gewerkschaften könnten die evangelischen Arbeiter in die Fänge des römischen Systems geraten. Dazu kam, daß manche Pastoren für den Eintritt in die »Freien« Gewerkschaften plädierten.

### *Die Ziele*

Sozialpolitisch kämpften die Christlichen Gewerkschaften um eine wirtschaftliche Hebung der Arbeiter. Wege dorthin waren der Abschluß kollektiver Arbeitsverträge, eine angemessene, auch familiengerechte Belohnung und die Verbesserung der sozialen Gesetzgebung. Man war bereit, notfalls Kampfmaßnahmen einzuleiten, um die Ziele zu erreichen. Bei solchen Arbeitskämpfen agitierten und agierten die Christlichen Gewerkschaften allerdings nicht mit jener Härte wie die »Freien«. Dies hat ihnen oft den Vorwurf eingebracht, von den Arbeitgebern »gekauft« zu sein. In Wirklichkeit stand dahinter eine Ablehnung des marxistischen Denkens in Klassen, das zum Postulat des naturnotwendigen Klassenkampfes mit dem Ziel der Vernichtung des Gegners führte. Demgegenüber stellten die Christlichen Gewerkschaften die Verantwortung für das Ganze, das Gemeinwohl und das Volk heraus. Dieses so geprägte »vaterländisch-völkische«, gelegentlich etwas national eingefärbte Element war die Gegenposition zum »Internationalismus« der »Freien« Gewerkschaften.

Der Klassenkampf-Mentalität stellten die Christlichen Gewerkschaften die gegenseitige Zuordnung von Arbeit und Kapital gegenüber. »Die gesamte Tätigkeit der christlichen Gewerkvereine ist getragen von der Anerkennung gleicher beiderseitiger Rechte und Pflichten von Arbeitern und Arbeitgebern. Kapital und Arbeit sind die aufeinander angewiesenen Faktoren der Produktion«. Bei der Verteilung des Ertrags der gemeinschaftlich geleisteten Arbeit ließen sich allerdings – wenigstens vorläufig – Auseinandersetzungen nicht vermeiden.

10 STEGERWALD, Gewerkschaftsbewegung (oben Anm. 4) 31.

Als Fernziel sahen die Christlichen Gewerkschaften die Überwindung des Egoismus beider Gruppen. Ein Neuaufbau des gesamten »Wirtschafts- und Gesellschaftslebens« wurde angestrebt, und zwar auf »berufsständischer Grundlage«. Die »Gewerbesolidarität« zwischen Fabrikanten und Arbeitern sollten den Klassenkampf ersetzen<sup>11</sup>. Aus der Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern von Fall zu Fall konnte im Laufe der Zeit der feste, beide Teile umfassende und die Wahrung der gegenseitigen Interessen sicherstellende, »neuzeitliche Berufsstand« werden. Der Tarifvertrag hätte so am Anfang »einer allmählichen völligen Neubildung des Rechtswesens im Sinne des Genossenschaftsrechtes« gestanden<sup>12</sup>. Aus der organischen Verbindung der einzelnen Berufsstände untereinander wäre schließlich die »Ordnung der Volkswirtschaft im Sinne gesunder Bedarfsdeckung als einer Bürgerschaft für eine wahre Volkswohlfahrt« erwachsen. Diese Überwindung der horizontal gegliederten Klassengesellschaft zugunsten einer vertikalen Ordnung des Volkes in Berufsstände, eine Erneuerung mittelalterlichen Genossenschaftswesens, war ein Ziel, das fast utopisch anmutet.

### *Organisation und Konsolidierung*

Die Periode bis zum Untergang der Monarchie und dem Ende des Ersten Weltkrieges war für die Christlichen Gewerkschaften eine Zeit organisatorischer Konsolidierung und ideeller Reflexion. Im November 1918 schlossen sich alle nicht-marxistischen Berufsverbände (Arbeiter, Angestellte, Beamte) zum »Deutschen Demokratischen Gewerkschaftsbund« zusammen. Bereits ein Jahr später schieden die liberal orientierten Gruppen aus (vor allem der Deutsche Gewerkverein), um sich zum »Freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände« zusammenzuschließen. Aus den übrigen, nichtsozialistischen Gruppen wurde der »Deutsche Gewerkschaftsbund« (DGB) mit 1,5 Millionen Mitgliedern. Die »Freien« Gewerkschaften ihrerseits hatten sich bereits im Juni/Juli 1919 auf einem Kongreß in Nürnberg im »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund« (ADGB) einen eigenen Dachverband geschaffen.

Das Gefüge des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« blieb in den nächsten Jahren nicht ohne Spannungen. Die Verbände, die sich zusammengefunden hatten, waren von ihren Mitgliedern, der politischen Ausrichtung und den Zielen her recht unterschiedlich geprägt. Die Christlichen Gewerkschaften gehörten ebenso dazu wie der »Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband«. Solche Spannungen zwangen zu verstärkter parteipolitischer Neutralität. 1924 stellte Adam Stegerwald fest, man habe im »Deutschen Gewerkschaftsbund« die »geistige Einheit« noch nicht erreicht; auch fernerhin müsse auf ein »geistiges Zusammenwachsen« hingearbeitet werden<sup>13</sup>.

Die Bildung der großen Dachverbände nach dem Ersten Weltkrieg zeigt, daß die Arbeitnehmer sehr wohl um die Notwendigkeit wußten, sich zu größeren Gruppen zusammenzuschließen. Auch die Idee einer »Einheitsfront« aller Werktätigen wurde diskutiert. Doch wollten die Christlichen Gewerkschaften dem Gedanken einer Einheitsgewerkschaft zunächst nicht nahe treten. (Erst unter der akuten Bedrohung durch Hitler lebte die Diskussion noch einmal auf.) Folgende Gründe waren maßgeblich:

1. Die »Freien« Gewerkschaften hatten seinerzeit recht widerwillig das Entstehen eines weiteren Gewerkschaftsverbandes zur Kenntnis genommen. Der Kampf gegen die »Christlichen« war dann mitunter recht hart. Üble Polemik und Diffamierung vergifteten die Atmosphäre. Die Agitation gegen die neuen Gewerkschaften erreichte vor dem berühmten Kölner

11 Ebd. 20f.

12 BRAUER, Gewerkschaft (oben Anm. 5) 34.

13 STEGERWALD, Gewerkschaftsbewegung (oben Anm. 4) 14f.

Gewerkschaftsprozesse (1913) ihren Höhepunkt. Das Verfahren endete mit einer vernichtenden Niederlage der »Freien« Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Presse. Später besserte sich zwar die Stimmung; die Notwendigkeit einer Kooperation »vor Ort« ließ sich nicht mehr leugnen. Die weltanschaulichen Unterschiede waren indessen noch immer zu groß; in den grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gingen die Ansichten oft weit auseinander.

2. Adam Stegerwald sprach einmal vom »Terror«, dem die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften in den Betrieben ausgesetzt seien. Berichte der Betroffenen bestätigten diese Aussagen.

3. Die »Freien« Gewerkschaften waren von den Mitgliederzahlen her den anderen Gruppen weit überlegen; diese mußten deshalb damit rechnen, in einer Einheitsgewerkschaft rasch an die Wand gedrückt zu werden. Die Erfahrungen nach 1945 bestätigten, nach einer kurzen Phase der Euphorie, diese Befürchtungen im vollen Umfang.

### *Der Nationalsozialismus*

Relativ bescheiden sind die Mitteilungen Schneiders über die Auseinandersetzung der Christlichen Gewerkschaften mit dem Nationalsozialismus<sup>14</sup>. Auffallend ist, daß die Konfrontation relativ spät einsetzte. Seit Beginn des Jahres 1932 stellten sich die christlichen Gewerkschafter dem Problem. Auch hier gab es Anhänger der »Abnützungstheorie«, d. h. der Forderung, man möge Hitler und seinen Freunden Gelegenheit geben, in der Regierungsverantwortung ihr Können unter Beweis zu stellen. Auf diesem Weg würden sie schnell als Maulhelden entlarvt und wären ein für allemal erledigt. Schneider sucht nach Gründen für den späten Beginn der intensiven Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Sie vermögen alle nicht recht zu überzeugen. Wir werden an einem konkreten Beispiel darauf zurückkommen.

Die Anhänger der heute so beliebten »Affinitätstheorien« kommen vielleicht in Versuchung, die berufsständische Theorie der Christlichen Gewerkschaften mit den Zielen der Nationalsozialisten im Bereich der Wirtschaft in Verbindung zu bringen: Überwindung der Klassengegensätze durch eine berufsständische Gliederung. Doch riß der Terror der braunen Verbände einen zu tiefen Graben im Volke auf; die Christlichen Gewerkschaften hatten andere Vorstellungen vom »Gemeinwohl«, als es die Nationalsozialisten Tag für Tag auf der Straße und in den Parlamenten demonstrierten. Die offene, gemeinsam mit den Kommunisten betriebene Demontage der Demokratie auf der einen Seite und die entschiedene Ablehnung einer solchen Verantwortungslosigkeit durch die christlichen Gewerkschafter sollten heute ein Grund sein, auf die Konstruktion irgendwelcher »Affinitäten« zwischen den Christlichen Gewerkschaften und den Nationalsozialisten zu verzichten.

Nach dem 30. Januar 1933 wurden die Gewerkschaften, auch die christlichen Verbände, von der Dynamik der braunen Bewegung überrollt. Es ist heute leicht, den Gewerkschaftsführern aller Schattierungen (die »Freien« eingeschlossen) einen Mangel an offensivem Geist und vorausschauender Strategie vorzuwerfen. Niemand konnte sagen, wie die Sache weitergehen würde. Noch geraume Zeit nach der »Machtergreifung« war die Hoffnung berechtigt, das Ganze werde nur ein vorübergehender Spuk sein. Eine Gegenmaßnahme der großen Gewerkschaften war der Versuch, das Gesetz des Handelns in der Hand zu behalten und noch rasch eine Einheitsgewerkschaft zusammenzubringen, die gleichsam für die Mitarbeit im »neuen Staat« angeboten werden sollte. Dies mag nach Anbiederung aussehen, und dürfte es bei manchen Gewerkschaftsführern auch gewesen sein. Doch war die Idee einer Einheitsgewerkschaft

14 SCHNEIDER, Christliche Gewerkschaften (oben Anm. 1) 704–728.

ohnehin nicht neu; auch basierte das Angebot auf der Voraussetzung, daß diese neue Gewerkschaft einen gewissen Freiraum behalten und im Rahmen der bisherigen Wirtschaftsordnung agieren könne.

Die Einheitsgewerkschaft kam nicht zustande. Sie hätte am Gang der Dinge auch kaum mehr etwas geändert. Am 1. Mai feierten die Gewerkschaften, nach außen hin in ungewohnter Eintracht, zusammen mit den anderen Werktätigen den »Tag der Arbeit«. Am darauffolgenden Tag schon wurden die »Freien« Gewerkschaften verboten. Der »Deutsche Gewerkschaftsbund« hoffte, einem ähnlichen Schicksal zu entgehen; zu eng waren die »Freien« mit der Sozialdemokratie verbunden gewesen und zu klar hatte man sich dort auf den jetzt verpönten, die Volksgemeinschaft spaltenden Klassenkampf festgelegt. Doch trogen alle Hoffnungen. Bereits am 13. Juni wurden auch die Christlichen Gewerkschaften aufgehoben. Die Mitglieder mußten in die neue Einheitsfront aller Schaffenden, in die »Deutsche Arbeitsfront«, überführt werden.

Wir haben eingangs angedeutet, daß wir der Frage »Christliche Gewerkschaften und Nationalsozialismus« an einem konkreten Beispiel und an einem Einzelschicksal nachgehen möchten. Dies verlangt einen Hinweis auf das Problem der Quellen.

### *Die Quellen*

In den großen Archiven der Bundesrepublik gibt es kaum mehr Quellen der Provenienz »Deutsche Arbeitsfront«; dies gilt auch für die ehemaligen Christlichen Gewerkschaften<sup>15</sup>. Bei deren Überführung (nach dem 13. Juni 1933) fielen die gesamten Akten nämlich an die »Deutsche Arbeitsfront«. Diese hat die Papiere entweder schon damals oder aber später, spätestens beim Einmarsch der alliierten Truppen 1945, vernichtet. So kommt es, daß Schneider in seinem umfangreichen Verzeichnis ungedruckter Quellen (S. 776–779) nur zwei Bestände der Provenienz »Christliche Gewerkschaften« nennen kann, nämlich die bescheidenen »Protokollbücher des Christlichen Tabak- und Cigarrenarbeiterverbandes zu Geldern, 1899–1918« (heute im Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf) und einige Akten »lokaler Gewerkschaftsorganisationen«, näherhin des Christlichen Metallarbeiterverbandes, »Ortsverwaltung Stuttgart-Bad Cannstatt 1898–1932« (heute im Staatsarchiv Ludwigsburg)<sup>16</sup>. Bei den anderen Quellen handelt es sich meist um Akten, die bei Regierungsstellen, kommunalen Verwaltungen und kirchlichen Einrichtungen erwachsen sind. Dazu kommen die Nachlässe von Persönlichkeiten des politischen und gewerkschaftlichen Lebens der Zeit.

Unter den gedruckten Quellen ist vor allem auf die Protokollbände der gewerkschaftlichen Veranstaltungen sowie auf die Flug- und Programmschriften hinzuweisen. Gemessen an der ursprünglichen Reichhaltigkeit, Vielfalt und Breite ist dies eine überaus magere und dürftige Überlieferung.

Für den folgenden Bericht stand ein weiterer Bestand gewerkschaftlicher Provenienz zur Verfügung. Einige Stücke daraus hatten auch Schneider vorgelegen. Da er sich aber auf ein vorläufiges Repertorium verlassen hat, übernahm er eine falsche Bezeichnung (»Ortsverwal-

15 Im Staatsarchiv Ludwigsburg gibt es lediglich einen Aktenbestand »Deutsche Arbeitsfront« im Umfang von zehn Zentimetern (vgl. Staatsarchiv Ludwigsburg: Gesamtübersicht der Bestände. Bearbeitet von WOLFGANG SCHMIERER und ALOIS SEILER, Ludwigsburg 1974, 60). Das Bundesarchiv in Koblenz besitzt Akten im Umfang von 21,5 Metern, allerdings meist zur Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront: Das Bundesarchiv und seine Bestände. Dritte, ergänzte und neu bearbeitete Auflage (Schriften des Bundesarchivs 10), Boppard am Rhein 1977, 346 f.

16 StA Ludwigsburg, Bestand PL 405, 1–9.

tung Stuttgart-Bad Cannstatt«). Die Akten wurden inzwischen genau verzeichnet; sie liegen jetzt im Nachlaß Alfons Reinhardt<sup>17</sup> im Staatsarchiv Ludwigsburg<sup>18</sup>. Reinhardt war vom 1. Januar 1922 bis zur Auflösung der Gewerkschaften Geschäftsführer des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Bezirk Unterland (Nordwürttemberg) gewesen<sup>19</sup>. Sitz der Geschäftsstelle war Stuttgart. Bei der Überführung der Gewerkschaften in die Deutsche Arbeitsfront nahm Reinhardt einen Teil der Registratur mit nach Hause; so konnte er die Papiere über das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg retten. Nach einer ersten Abgabe, bestehend in den bereits genannten Protokollbänden, deponierten die Erben nach dem Tod von Alfons Reinhardt (†31. März 1980) auch den Rest der einschlägigen Papiere im Staatsarchiv Ludwigsburg.

Folgende Nummern des Bestandes verdienen einen Hinweis:

Nr. 1: Protokoll der Vorstandssitzungen der Geschäftsstelle Stuttgart, 7. Februar 1929 bis 15. März 1933.

Nr. 2: Gedrucktes Anschriftenverzeichnis der Christlichen Gewerkschaften und der angeschlossenen Verbände.

Nr. 3–15: Tätigkeitsbericht des Sekretärs Alfons Reinhardt vom Dezember 1921 bis Juni 1933.

Nr. 16: Liste der Betriebsräte, Vertrauensleute und Mitarbeiter der Geschäftsstelle (ohne Datum).

Nr. 17: Mitgliederverzeichnis der Verwaltungsstelle Stuttgart (wohl 1933).

Nr. 30, 31 und 33: Protokolle der Monats- und Generalversammlungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Nordwürttemberg, 24. April 1898 bis 30. Mai 1932.

Nr. 32: Protokolle der Ausschusssitzungen vom 12. April 1907 bis 10. März 1908.

Ein weiteres Büschel (Nr. 29) enthält die Handakten Reinhardts bei seiner Auseinandersetzung mit der Deutschen Arbeitsfront (1933–1941) über rückständige Gehaltsansprüche bzw. über die Forderung, die Beiträge zur Pensionskasse der Christlichen Gewerkschaften rückerstattet zu bekommen (vergleiche unten).

Wir können das Material hier nicht in aller Breite für die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Württemberg auswerten; wir müssen uns vielmehr auf die Frage »Christliche Gewerkschaften und Nationalsozialismus« beschränken. Ehe wir darauf eingehen, sei noch auf einige organisatorische und strukturelle Gegebenheiten verwiesen.

a) Der Bezirk Nordwürttemberg des Christlichen Metallarbeiterverbandes gehörte zum Landesverband Südwestdeutschland, dem Württemberg, Baden und Hohenzollern unterstanden. Leiter war Karl Gengler, der spätere Landtagspräsident. Sitz der Zentrale des Deutschen Metallarbeiterverbandes war Duisburg. Die Metallarbeiter gehörten, von der Struktur der ansässigen Industrie her verständlich, zu den größeren Verbänden in Nordwürttemberg. Der Versuch, neben Stuttgart in Esslingen eine zweite Geschäftsstelle aufzubauen, konnte nur von Januar 1931 bis 1. April 1932 durchgehalten werden<sup>20</sup>. Die Arbeitslosigkeit und die Weltwirt-

17 Alfons Reinhardt. Geboren am 10. August 1895 in Mühlen bei Horb. Katholisch. Lehre als Mechaniker, dann Wanderschaft. Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs Meldung als Kriegsfreiwilliger. Zunächst Einsatz in den Vogesen, vom 1. Januar 1916 an in Palästina. Englische Kriegsgefangenschaft. Rückkehr Ende 1919. Dann Arbeit in der Metallindustrie Südwestdeutschlands und Südbadens. Vom 1. Januar 1922 bis Herbst 1933 Sekretär im Christlichen Metallarbeiterverband. Am 1. April 1935 Angestellter in der Fortuna (Bad Cannstatt), seit 1. April 1940 bei der Heeresverwaltung. 1945 bis 1950 Geschäftsführer der Barmer Ersatzkasse in Stuttgart. Gestorben am 31. März 1980.

18 StA Ludwigsburg, Bestand PL 6.

19 Der Bezirk umfaßte am Ende Nordwürttemberg, und zwar ungefähr nördlich einer Linie Horb–Göppingen.

20 StA Ludwigsburg PL 6/14.

schaftskrise zwangen sehr bald, die beiden Geschäftsstellen wieder in Stuttgart zu vereinigen. Am 1. Juli 1932 wurde auch die Verwaltungsstelle Neckarsulm an Stuttgart angeschlossen. Zum 1. April 1933 teilten die beiden Sekretäre die Arbeit auf: Artur Jahn<sup>21</sup> übernahm die Büroarbeit, während Alfons Reinhardt vor allem »Agitation« (Werbung) betreiben sollte.

b) Auch bei den organisierten christlichen Metallarbeitern in Nordwürttemberg dominierten die Katholiken. Die Mitglieder des Bezirks kamen vor allem aus jenen Dörfern und Städten, die katholisch geblieben waren: Öffingen und Hofen bei Stuttgart, Pfauhausen und Steinbach (heute Wernau) bei Plochingen, Neckarsulm, Kirchhausen, Ödheim, Hagenau, Degmarn, Binswangen und Erlenbach bei Heilbronn, Steinbach bei Schwäbisch Hall<sup>22</sup>. Als Ende 1929 ein zweiter Kollege für die Verbandsarbeit »freigestellt« wurde – es war der eben erwähnte Artur Jahn –, nahm man bewußt einen Mann aus der evangelischen Jungmännerbewegung. Dieser klagte selbst darüber, daß die evangelischen Kollegen wenig Verständnis für die gewerkschaftliche Arbeit hätten; deshalb wollte er versuchen, vor allem über die kirchlichen Vereine weitere Mitglieder zu werben<sup>23</sup>.

c) Auch in Nordwürttemberg bestanden mannigfache Verflechtungen zwischen den Christlichen Gewerkschaften einerseits und den katholischen Arbeitervereinen und dem Zentrum auf der anderen Seite. Dies ist vor allem bei der Betrachtung der politischen und weltanschaulichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu berücksichtigen.

### *Erste Reaktionen der christlichen Metallarbeiter Nordwürttembergs auf den Nationalsozialismus*

Welches Bild bieten die oben genannten Akten für die Auseinandersetzung der christlichen Gewerkschaften mit dem Nationalsozialismus? – Es mag überraschen: für die praktische Arbeit der christlichen Gewerkschaften spielten die Nationalsozialisten lange Zeit keine ins Gewicht fallende Rolle. In den Monatsberichten des Geschäftsführers an die Zentrale in Duisburg<sup>24</sup> taucht der Begriff zum ersten Mal im Januar 1933 auf. Zwar sind diese Monatsberichte im allgemeinen sehr knapp gehalten und bieten oft nur äußere Fakten. Trotzdem überrascht der Tatbestand. Auch erwähnt der Bericht lediglich, Bosch und Daimler würden wieder Arbeiter einstellen: *Doch kommen, wie wir erfahren konnten, hauptsächlich Nazis dran*<sup>25</sup>.

Die späte Konfrontation der Gewerkschaften mit dem Nationalsozialismus beruht auf folgenden Faktoren:

1. Durch die enge Verflechtung mit dem Zentrum und den katholischen Arbeitervereinen war es zu einer Art »Arbeitsteilung« gekommen. Der politische Kampf lag bei der Partei, die weltanschauliche Auseinandersetzung vor allem bei den Arbeitervereinen. Daß die katholische Arbeiterbewegung schon sehr früh in aller Schärfe die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aufgenommen hat, zeigte neuerdings die Arbeit von Jürgen Aretz<sup>26</sup>.

2. Die Monatsberichte der Jahre 1931 bis Ende 1932 sind voll von Hiobsbotschaften: Betriebsschließungen, Entlassungen von Arbeitern, Kurzarbeit, Verelendung weiter Kreise der

21 Artur Jahn. Geboren 1904 in Stuttgart. Evangelisch. Lehre als Mechaniker. Mitarbeit im CVJM, 1928 bis 1933 im Christlich-sozialen Volksdienst tätig. 1939 Mechanikermeister in einer Maschinenfabrik. 1945 Beitritt zur CDU. Mitglied des Deutschen Bundestags 1953–1961.

22 Vgl. Mitgliederliste in StA Ludwigsburg PL 6/17.

23 StA Ludwigsburg PL 6/1.

24 StA Ludwigsburg PL 6/3–15.

25 Ebd. 15.

26 Katholische Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923–1945. (VeröffentlKommZG B 25) Mainz 1979.

Arbeiterschaft. (Erfreulich war allein eine Meldung vom Januar 1932: man habe der Firma Dick in Eßlingen das Angebot gemacht, die ganze Fabrik samt Arbeitern und Maschinen nach England zu transportieren, um dort weiterzumachen). Dies blieb nicht ohne Folgen. Die Weltwirtschaftskrise schlug voll auf die Gewerkschaften und ihre Organisation zurück. Es kam zu zahlreichen Austritten arbeitsloser Mitglieder; die Beiträge waren durch die Vertrauensleute nur noch schwer einzutreiben, die Kassen wurden förmlich für Unterstützungsgelder »geplündert«<sup>27</sup>. (Der christliche Metallarbeiterverband hatte im Jahr 1931 800 000 Mark mehr Einnahmen als Ausgaben<sup>28</sup>). Am 15. Juni 1932 mußte Karl Gengler zugeben, daß es um die »Kampfkraft« der Gewerkschaften schlecht bestellt sei, die Einnahmen seien auf ein Drittel gesunken<sup>29</sup>. Solche Sorgen standen im Vordergrund des Interesses und der gewerkschaftlichen Arbeit. Doch gab es einen wichtigen Lichtblick: Im letzten Quartal des Jahres 1932 stiegen die abgeführten Sozialbeiträge zum ersten Mal wieder an; dies galt als sicherer Hinweis auf eine Wende in der wirtschaftlichen Talfahrt<sup>30</sup>.

3. Die Nationalsozialisten hatten in den Fabriken zunächst wenig Anhang. Die drei großen Gewerkschaften beherrschten das Feld. Noch bei den Betriebsratswahlen im März 1933 erhielt die Partei trotz massiver Propaganda nur ein Viertel aller Stimmen.

4. Die Nationalsozialisten hatten keine Organisation, die eine Konkurrenz zu den bereits bestehenden Gewerkschaften war. Es gab zwar die Betriebszellenorganisation (NSBO). Dies war aber keine Gewerkschaft im herkömmlichen Sinn; es waren politische Zellen in den einzelnen Fabriken, vergleichbar den kommunistischen Betriebszellen. Hier waren die Anhänger der NSDAP ohne Rücksicht auf ihre Funktion im Betrieb (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) organisiert.

5. Für die Arbeit der christlichen Gewerkschaften waren die Nationalsozialisten – und damit kommen wir zum eigentlichen Grund – gefährlich vor allem durch ihre Verbindungen zur sogenannten »Sozialreaktion«, das heißt den Leuten um Alfred Hugenberg (1866–1951)<sup>31</sup>. Dieser galt als der eigentliche Feind der Arbeiter. Bereits am 20. September 1929 hatte die Gewerkschaftszeitung »Der Deutsche« geschrieben: »Man hat Hugenberg eingeredet, er sei der einzige Mann, der das Vaterland noch retten könne. Die Rettung sieht er in dem Kampf gegen den Sozialismus. Unter Sozialismus versteht er auch die deutsche Sozialpolitik«. So galt Hugenberg und seinen Leuten in erster Linie der politische Kampf der Gewerkschaften.

### *Die Harzburger Front*

Am 11. Oktober 1931 schlossen sich die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und der Stahlhelm zur Harzburger Front zusammen. Vierzehn Tage später sprach Artur Jahn auf einer Versammlung in Bad Cannstatt über aktuelle Fragen der Gewerkschaftsarbeit<sup>32</sup>. Für den Sekretär war die Gründung der Harzburger Front ein »Generalangriff der Unternehmer auf Tarif- und Schlichtungswesen«. Eine solche Attacke sei nur möglich geworden, weil unsicher sei, ob sich das Kabinett Brüning halten könne, oder ob die Harzburger Front bei der nächsten Abstimmung im Reichstag siege. Was Hugenberg und andere in Harzburg über die Sozialpolitik, das Tarif- und das Schlichtungswesen gesagt hätten, gebe Anlaß zu größten Befürchtungen.

27 StA Ludwigsburg PL 6/1 (Sitzung vom 30. November 1932), 13 und 14 (mit zahlreichen Nachrichten).

28 StA Ludwigsburg PL 6/33 (Generalversammlung vom 16. Januar 1932).

29 StA Ludwigsburg PL 6/1.

30 StA Ludwigsburg PL 6/1 (Generalversammlung vom 11. Februar 1933).

31 Über ihn KLAUS-PETER HOEPKE in NDB 10 (1974) 10–13.

32 StA Ludwigsburg PL 6/33, 24. Oktober 1931.

Nur ein Sieg des Kabinetts Brüning sichere das Tarifwesen. In der Metallindustrie Südwestdeutschlands seien von 42 Kollektivverträgen bereits 22 durch die Unternehmer gekündigt worden. Die restlichen dürften in Kürze folgen. An einigen Orten (z. B. Schramberg) und in manchen Betrieben (Terrot in Bad Cannstatt) hätten die Unternehmer schon vor der Kündigung versucht, die Löhne herabzusetzen. Nur dort, wo die Arbeiter relativ stark in Verbänden organisiert seien, hätte dies verhindert werden können. Auf breiter Front habe der Angriff der »Reaktion« auf die Gewerkschaften, deren Erfolge und Politik, begonnen.

Auf der Sitzung des Geschäftsstellenvorstandes in Stuttgart am 15. Juni 1932<sup>33</sup>, also kurze Zeit nach dem Sturz Brünings (30. Mai), nahm Karl Gengler zu Fragen aus Politik und Wirtschaft Stellung: Die Groß-Agrarier und der Adel stünden im Kampf gegen die Regierung Brüning. Papen sei nur der Vorposten für Kurt von Schleicher (1882–1934). Die Lage der Arbeiter sei schlecht: *Es geht jetzt um das Leben, Recht und die Freiheit der deutschen Arbeiter*. Dann berührte Gengler das Thema Nationalsozialismus; gerade hier ist zu bedauern, daß die Protokolle so knapp sind: *Das Diktat der Nationalsozialisten lehnen wir ab und stehen auf dem Boden des Volksstaats und der Verfassung*. – Dies war eine eindeutige Absage und ein klares Bekenntnis zur Demokratie.

Am 19. September 1932 sprach Jakob Kaiser – wir holen etwas weiter aus – auf dem 13. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Düsseldorf über: »Der volkspolitische und nationale Wille der Christlichen Gewerkschaften«<sup>34</sup>. Kaiser schilderte die Lage von Nation und Volk. Dabei ging er auch auf den Ursprung und den Sündenfall des nationalen Sozialismus ein: Es war kein Wunder, »daß sich vor allem in der deutschen Jugend bald ein anderer Geist regte, ein radikal-nationaler Geist. Dieser Geist hätte Großes für die Zusammenfassung des deutschen Volkes schaffen können. Er hätte eine wirkliche Freiheitsbewegung werden können. Er hätte der Freiheit nach innen und der Freiheit nach außen dienen können. Aber da setzt auch schon die himmelschreiende Sünde reaktionärer Kreise ein, die diese Bewegung ihren volksfeindlichen Zwecken dienstbar zu machen suchten. Tief, ungeheuer tief haben nicht zuletzt die agitatorisch eingesetzten Gelder der Reaktion die Spaltung deutschen Volksbewußtseins aufgerissen. Sie haben einen Keil des Hasses ins Herz des deutschen Volkes getrieben, den zu entfernen das Volk lange Zeit brauchen wird. Die beschämenden blutigen Parteikämpfe des Wahljahres 1932 sind in unser aller Erinnerung. Und heute, nach ruhiger Besinnung, dürfen wir sagen, daß der Machtfimmel Adolf Hitlers niemals die Nationalsozialisten so hätte aufpeitschen können, wenn nicht das Sündengeld der Reaktion das Seine dazu getan hätte. Und die national-radikale Bewegung wäre wahrscheinlich nicht so in die Irre gegangen, wenn sie sich nicht von Geldzuweisungen der Reaktion abhängig gemacht hätte. Keine Bewegung, die sich zum Mittel eigennützigter Klassenzwecke herabdrücken läßt, kann volkserneuernd wirken. Wir müssen sagen, daß die nationalsozialistische Bewegung das Volksbewußtsein noch stärker zerrissen hat... Vorläufig aber muß festgestellt werden, was wir immer gesagt haben: Hinter der nationalsozialistischen Bewegung hat sich die Reaktion vorgeschoben. Die Kreise, die in der Vorkriegszeit die Hemmung für ein soziales Deutschland waren, haben erneut die Staats- und Volksführung an sich genommen«<sup>35</sup>. Später kam Kaiser erneut auf das Thema zurück: »Die Wahrheit muß um der Zukunft unseres Volkes willen gesagt werden: Der Nationalsozialismus, der sich so national und so sozial gebärdete, hat die soziale Reaktion, die heute das wirkliche nationale Volksbewußtsein um Jahrzehnte zurückzuwerfen droht, in die Regierungssessel gehoben«<sup>36</sup>.

33 StA Ludwigsburg PL 6/1.

34 Berlin-Wilmersdorf 1932.

35 S. 12f.

36 S. 22.

Jakob Kaiser rechnete mit den Nationalsozialisten und mit Hitler sehr scharf ab; trotzdem war seine Rede, wenige Monate vor dem 30. Januar 1933, keineswegs pessimistisch gestimmt. Im Gegenteil: Die drohende Katastrophe klang nicht an. Dies dürfte als Ursache gehabt haben, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 in einer tiefen Krise steckte. Hitler verlor den Kampf gegen Hindenburg um die Reichspräsidenschaft. Zu einer Finanzkrise kam eine Führungskrise, die in einer Spaltung der Partei zu enden drohte. Man gewinnt bei der Lektüre der Rede Kaisers den Eindruck: Kaiser war zur Auffassung gelangt, die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten sei bereits entschieden, allerdings zu einem hohen Preis für die Gewerkschaften; die »soziale Reaktion« hatte sich mit Hilfe der NSDAP durchsetzen können.

### *Die Machtergreifung*

Am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht, oder richtiger: In einer Koalitionsregierung des »nationalen Zusammenschlusses« übernahm Adolf Hitler das Kanzleramt. Weitere Nationalsozialisten im Kabinett waren zunächst nur Wilhelm Frick (1877–1946) und Hermann Göring (1893–1946). Hugenberg übernahm das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium. Franz von Papen (1879–1969) wurde Vizekanzler.

Am 11. Februar, also knapp zwei Wochen nach der »Machtergreifung«, war in Stuttgart die »Generalversammlung« des Metallarbeiter-Bezirks. Redner war Artur Jahn. Sein Thema: »Krisenwende und Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften.« Die »Wende« sah er lediglich in der wirtschaftlichen Entwicklung, nämlich im Umschwung zum Besseren, der im letzten Quartal des Jahres 1932 deutlich geworden war (siehe oben)<sup>37</sup>. Im »politischen« Teil der Rede, die den »Gegenwartsaufgaben« gewidmet war, klangen die Themen Papen – Schleicher – Hitler – Hugenberg an. Dabei trat der Führer der Nationalsozialisten auffallend zurück. Von Papen wurde ein Ausspruch zitiert, der wohl als dessen Rezept zur Bewältigung der politischen Krise verstanden wurde: *Acht Tage Bürgerkrieg, und das deutsche Volk ist diszipliniert. Dem Volk darf man nur die Absätze zeigen und es lebt danach.* Dies war für Papen sicher der einfachste Weg, um auch die widerspenstigen Gewerkschaften zur Raison zu bringen. Hugenberg hatte im neuen Kabinett zwei wichtige (Wirtschafts-)Ministerien übernommen. Damit war für Jahn deutlich geworden: »Die Sozialreaktion« hatte am 30. Januar gesiegt und die Macht ergriffen. Das Protokoll fährt fort: *Das alles zusammengenommen zeigt uns..., wohin der Kurs steuert und daß es jetzt mehr denn je heißt, alle Kräfte zusammenzureißen und auf der Wacht zu sein, denn der Arbeiterschaft droht großes Unheil... Zum Schluß fordert er [Artur Jahn] alle Anwesenden auf, sich mit voller Kraft für die Gewerkschaften einzusetzen und bei den kommenden Betriebsratswahlen überall unseren Listen durch Wort und Tat zum Sieg zu verhelfen.* Der Eintrag endet: *Der Beifall zeigte dem Redner, daß er die rechten Saiten zum Klingen gebracht hatte.*

Am 15. März 1933 war in Stuttgart eine außerordentliche Mitarbeiterkonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes Südwestdeutschlands. Karl Gengler sprach über »Die politische, wirtschaftliche und soziale Lage nach der Wahl und die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft«. Diese Rede war mit ihrem Thema wesentlich düsterer als jene von Jahn einige Wochen zuvor. Gengler gab eingangs offen zu, die Lage sei ernst. Dies sei auch an den Verordnungen des Reichspräsidenten der letzten Tage deutlich geworden. Auch habe Hitler davon gesprochen, man stehe vor einer offenen Revolution, die größer und schärfer sein werde als die von 1918. Allerdings mußte der Redner zugeben, daß die Nationalsozialisten in einer Volkswahl die Mehrheit der Wähler auf ihre Seite gebracht und dadurch das Recht bekommen

37 StA Ludwigsburg PL 6/1, 11. Februar 1933.

hätten, die Regierung zu führen. Davon müsse man ausgehen. Entscheidend aber sei: Die Hitlerpartei habe zwar die politische Macht; die wirtschaftliche (d. h. letztlich entscheidende) Macht stehe aber noch immer hinter der Kampffront schwarz-weiß-rot, also hinter Hugenberg und seinen Freunden. Was einige Monate zuvor bei Jakob Kaiser angeklungen hatte, artikuliert Karl Gengler erneut: Hitler ist allein der Steigbügelhalter der »Sozialreaktion«. Für Gengler ergab sich aus alledem die Frage, wie sich die Christlichen Gewerkschaften in der neuen Lage verhalten sollen? – *Vor allen Dingen bleiben sie in den Kernpunkten ihrem alten Programm treu, denn sie waren ja schon in ihren Gründungsjahren christlich orientiert.* Es wird ihnen auch nicht schwerfallen, die neue Regierung zu unterstützen, *wenn sie sich zur wirklichen Aufgabe macht, Wirtschaftsprobleme wirklich zu lösen und dadurch der Arbeiterschaft ein Existenzminimum zu sichern, das wirklich zu einem menschenwürdigen Leben ausreicht.* Dies würde allerdings ein Abrücken von den Zielen der »sozialen Reaktion« bedingen.

Die Frage, ob die Regierung gegen die Gewerkschaften vorgehen werde, konnte Gengler nicht eindeutig beantworten. Für die »Freien« Gewerkschaften schien die Auflösung bereits festzustehen: dies hing nach Meinung des Redners mit der programmatischen Verpflichtung auf den Klassenkampf zusammen. Für die eigene Gewerkschaft konnte Gengler auf eine Erklärung Hitlers verweisen, nach der die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation keine Gewerkschaft werden solle. Gewerkschaften aber seien – und hier zitierte Gengler erneut Hitler – unter jeder Regierung als Interessensvertretung der Arbeiter notwendig.

Ob Gengler die Intentionen Hitlers richtig getroffen hat oder ob er einer der vielen nebulösen Aussagen des Führers aufgefressen ist, müßte nachgeprüft werden. Auf jeden Fall wurde schon nach wenigen Wochen deutlich, daß die Nationalsozialisten unaufhaltsam den Weg in die Diktatur gingen und im Begriffe waren, die »Herrenreiter«, denen sie angeblich die Steigbügel halten sollten, nach und nach auszuschalten. Die Folgen einer Diktatur für Existenz und Arbeit der Gewerkschaften, ja für alle Arbeitnehmerorganisationen, hatte Gengler schon ein Jahr zuvor (16. Januar 1932) mit einer Rede über »Die Bedeutung des Christlichen Metallarbeiterverbands Deutschlands in der gegenwärtigen Krise, vor allem im Hinblick auf die Ereignisse des Jahres 1931« geschildert. Das Protokoll berichtet: *Der Redner schildert Umsturz und Diktatur in Rußland und Italien; dort wurden die Gewerkschaften einfach verstaatlicht, und die Verbandsbeiträge werden am Lohn abgezogen. Unorganisierte gibt es in diesen beiden Ländern nicht mehr, und trotzdem haben die Gewerkschaften dort nichts mehr zu sagen*<sup>38</sup>.

#### *Das Ende kam rasch*

Am 2. Mai wurden die »Freien« Gewerkschaften verboten. Am darauffolgenden Tag entstand ein »Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit«. Ihm traten auch die Christlichen Gewerkschaften bei. Am 10. Mai gründete Robert Ley (1890–1945) in Berlin die Deutsche Arbeitsfront, die in der Propaganda als »Einheitsfront« der Gewerkschaften und der Schaffenden gefeiert wurde. Doch war das Schicksal der Christlichen Gewerkschaften bereits besiegelt. Das Ende kam schnell. Am 13. Juni wurden auch sie verboten. Die SA besetzte die Büros. Den Sekretären und Mitarbeitern wurde freigestellt, in der Deutschen Arbeitsfront mitzumachen, allerdings unter der Bedingung, daß sie in die NSDAP eintreten. Von den Stuttgarter Sekretären war dazu niemand bereit. Deshalb wurde ihnen noch am 13. Juni gekündigt.

Trotz dieser Kündigung ging die Arbeit bis Ende des Monats weiter. Der letzte Bericht Reinhardts an die Zentrale in Duisburg liegt vor<sup>39</sup>; als Tätigkeit erscheint vor allem »Hausagita-

38 StA Ludwigsburg PL 6/33.

39 StA Ludwigsburg PL 6/15.

tion«. Diese dürfte aber kaum im Sinne der neuen Herren betrieben worden sein. Am 30. Juni hörte die Verbandsarbeit endgültig auf.

Die Sekretäre wurden verpflichtet, ihre Verbände in die Deutsche Arbeitsfront überzuleiten. So war Reinhardt vom 15. Juli bis 22. August in der Verwaltungsstelle Stuttgart des »Deutschen Metallarbeiterverbandes« tätig, um die *mit der Abwicklung des Christlichen Metallarbeiterverbandes zusammenhängenden Arbeiten* durchzuführen<sup>40</sup>. Die Mitarbeit zu verweigern war nicht ratsam; die Herren von der Deutschen Arbeitsfront legten es nämlich darauf an, den »Kollegen« der ehemaligen Gewerkschaften finanzielle Unregelmäßigkeiten nachzuweisen. Im September wurde Alfons Reinhardt noch einmal für ein paar Tage einberufen. Der Ton der Vorladung war rüde: *Wir erwarten Sie morgen früh zwecks Abwicklung der Abschlußrechnung für den Christlichen Metallarbeiterverband. Heil Hitler!*<sup>41</sup>.

Die Kasse des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg wurde erst zum 31. Juli 1933 von der Deutschen Arbeitsfront übernommen; deshalb erhielten die Sekretäre für den Monat Juli noch das volle Gehalt. Dann aber traf sie die Brutalität des neuen Regimes. Für die Arbeit im August und im September erhielt Reinhardt zum Beispiel nur eine einmalige Abschlagszahlung von 120 Mark. Mit einer solchen Behandlung waren die Gewerkschafter nicht einverstanden; sie verlangten, daß die ihnen gesetzlich zustehende Kündigungsfrist von fünf Monaten eingehalten werde. Dies hätte eine Gehaltszahlung wenigstens bis zum 1. Dezember bedeutet. Doch war daran nicht zu denken. Ganz im Gegenteil: Die Nationalsozialisten beschlagnahmten auch die Pensionskasse der Gewerkschaften, die der Altersversorgung der Mitarbeiter dienen sollte und für die regelmäßig Beiträge abgeführt worden waren. Durch die Entlassung war eine solche Absicherung nicht mehr gegeben. Deshalb verlangten die Sekretäre ihre Beiträge zurück. Reinhardt tat dies mit einem Schreiben vom 21. September. Auf einer gedruckten Postkarte (Poststempel: 28. September) antwortete »Der Unterstützungsverein der im Deutschen Metallarbeiterverband tätigen Personen«: *Bekanntlich sind auf Anordnung der Deutschen Arbeitsfront seit dem 13. Juli sämtliche Rückzahlungen und Neupensionierungen bis auf weiteres gesperrt. Wir sind also vorerst nicht in der Lage, Ihren Antrag zu bearbeiten und bitten Sie, von weiteren Schreiben und Rückfragen Abstand zu nehmen.*

So standen die meisten der ehemaligen Mitarbeiter über Nacht vor dem Nichts und waren auf Arbeitslosenunterstützung und die öffentliche Wohlfahrt angewiesen. Arbeit zu bekommen war fast nicht möglich. Die meisten von ihnen mußten sich deshalb in den nächsten Jahren mit Vertretungen (Seifen, Ziehharmonikas, Leiterwagen) und dergleichen durchschlagen. Oft halfen Firmen, die dem neuen System nicht gewogen waren. Meist war der Verdienst aber dürftig: zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Es war eine Zeit großer wirtschaftlicher Not und entwürdigender sozialer Deklassierung.

Schon aus solchen Gründen konnten und wollten die ehemaligen Sekretäre und Mitarbeiter ihre Ansprüche gegenüber der Deutschen Arbeitsfront nicht aufgeben. Diese sollte gezwungen werden, die rückständigen Gehaltsforderungen zu begleichen und die Beiträge zur Pensionskasse herauszurücken. Wichtig war der Austausch von Informationen; auch versuchten die Gewerkschafter, gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. 1934 prozessierte zum Beispiel ein ehemaliger Kollege in München gegen die Deutsche Arbeitsfront; in einem Vergleich (25. August 1934) sprach ihm das Gericht 1753 Mark zu. Durch Rundschreiben erfuhren die ehemaligen Kollegen von diesem Erfolg.

Fast wider Erwarten kam die Deutsche Arbeitsfront bei den rückständigen Gehältern relativ rasch entgegen. Die Ansprüche wurden im wesentlichen in den Jahren 1933 bis 1935

40 Zeugnis vom 24. August 1933, StA Ludwigsburg PL 6/29: *Vorliegendes Zeugnis darf nicht als Bewertung in politischer Hinsicht aufgefaßt werden.*

41 StA Ludwigsburg PL 6/29, Postkarte vom 10. September.

abgeholten. Schwieriger war es, an die Beiträge zur Pensionskasse heranzukommen. Am 14. Juni 1934 erhielt Reinhardt ein Vergleichsangebot in Höhe von sechzig Prozent (= 881,15 Mark) der eingezahlten Gelder. Drohend schloß die Deutsche Arbeitsfront: *Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die Ablehnung dieses Angebots einem Verzicht gleichkommt.* Am 18. Oktober folgte ein ähnlicher Vorschlag. Reinhardt ließ sich nicht einschüchtern: *Ich habe vom Inhalt Ihres Schreibens ... Kenntnis genommen; er lehnte den Vergleich ab und verlangte die Rückzahlung in voller Höhe.* 1936 kam es zu einer ersten Erstattung: 352,55 Mark Pensionsbeiträge und 210 Mark rückständigen Lohns (die Gehaltsforderungen waren damit beglichen).

Durch das »Entschädigungsgesetz« vom 9. Dezember 1937<sup>42</sup> wurde eine »Reichsfeststellungsbehörde« im Reichsinnenministerium mit der Abwicklung solcher Verfahren beauftragt. Man gewinnt den Eindruck, daß mit dieser Regelung die ganze Angelegenheit »versachlicht« wurde. Gemeinsam betrieben nun die ehemaligen Sekretäre ihre Angelegenheit in Berlin. Sie wurden von Jakob Kaiser (1888–1961)<sup>43</sup> und Wilhelm Alef (Hagen) vertreten. Am 21. April 1937 stellte Reinhardt einen Antrag, und zwar zum einen auf die Erstattung der noch ausstehenden Beiträge zur Pensionskasse (881,15 Mark), zum anderen auf eine Entschädigung für den Verlust der Lebensstellung und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Nachteile. »Nach den Gepflogenheiten des Christlichen Metallarbeiterverbandes« wäre nach einer mehr als zehnjährigen Dienstzeit eine »Gewähr auf Lebensstellung« gegeben gewesen; 1933 aber sei dieser Anspruch und die wirtschaftliche Existenz vernichtet worden.

In einem Rundschreiben vom März 1941 konnte Jakob Kaiser ankündigen, daß voraussichtlich 70 Prozent der Forderungen an die Pensionskasse (aus den Beitragszahlungen seit dem 1. Januar 1924) beglichen würden; der Anspruch auf die restlichen 30 Prozent, wie auch »alle weiteren Entschädigungsanträge« seien abgelehnt worden. Dementsprechend erhielt Alfons Reinhardt von der Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront den Betrag von 352,46 Mark ausbezahlt. Damit war die Angelegenheit abgeschlossen.

Bei den ehemaligen Gewerkschaftssekretären war die Stimmung zwiespältig: auf der einen Seite erhielten sie mehr, als sie 1933 zu hoffen gewagt hatten. Auf der anderen Seite wurden ihre Ansprüche nicht voll erfüllt. Zudem erhielten sie den Rest des Geldes zu einem Zeitpunkt, als es durch Aufrüstung und Krieg nur noch einen Bruchteil seiner Kaufkraft der Jahre zwischen 1924 und 1933 hatte. Wie dringend hätten die Familien das Geld in den Zeiten der Not nach der Machtergreifung brauchen können.

### *Zusammenfassung und Schluß*

Zusammenfassend und teilweise auch ergänzend zur Arbeit von Michael Schneider ist über die Haltung der Christlichen Gewerkschaften zum Nationalsozialismus, vor allem im Lichte der beschriebenen lokalen Überlieferung, festzuhalten:

1. Die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften sahen in Hitler und seinen Anhängern eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Der Kampf dagegen war aber in erster Linie eine Aufgabe des Staates und der ihn tragenden Parteien. Soweit der Nationalsozialismus als Weltanschauung ernst genommen wurde bzw. ernst genommen werden konnte, erfolgte die geistige Auseinandersetzung vor allem in den Arbeitervereinen und durch die Kirchen.

2. Gegner der Christlichen Gewerkschaften waren bis 1933 auf der einen Seite die »Freien« Gewerkschaften, auf der anderen die sogenannte »Sozialreaktion«. Diese hatte sich mit den

<sup>42</sup> RGBl 1937 I, 1333–1338.

<sup>43</sup> Dazu auch WERNER CONZE in NDB 11 (1977) 41–43.

Nationalsozialisten verbündet; doch waren die Gewerkschafter der Meinung, Hugenberg und Papen seien weitaus gefährlicher als Hitler. Von einem Sieg der »Sozialreaktionäre« wurde ein Rückfall in die Jahre vor 1889, d. h. die erneute Deklassierung der Arbeiter, eine weitgehende Beseitigung des Tarifwesens und die Aufhebung der Sozialgesetzgebung befürchtet.

3. Die Christlichen Gewerkschaften waren der Meinung, die Sozialreaktion benütze den »Machtfimmel« Hitlers, um die eigenen Ziele zu erreichen. Doch war es genau umgekehrt. Hitler benützte Papen und Hugenberg, um selbst an die Macht zu kommen und dann rasch die »Freunde« auszuschalten.

4. Bald nach dem 30. Januar 1933 wurde deutlich, daß die Bildung der Berliner Koalitionsregierung in Wirklichkeit die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gewesen war. Diese Verschiebung in der Koalition Hugenberg-Papen-Hitler zwang die Christlichen Gewerkschaften zur offenen Konfrontation mit dem nationalsozialistischen System. Die meisten der Sekretäre lehnten jeden Kompromiß ab. Sie waren bereit, alle Konsequenzen auf sich zu nehmen, für sich selbst und für ihre Familien.

5. Die Forschungen in dem von uns beschriebenen Umfeld vor und nach der Machtergreifung Hitlers machen folgende methodischen Hinweise möglich und notwendig: Für die Zeitgenossen von damals verlief die Entwicklung keineswegs geradlinig auf eine Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten hin. Im Herbst 1932, ja noch in den ersten Wochen nach dem 30. Januar 1933, war vieles offen. Es ist deshalb unreell, heute von späteren Erfahrungen her zu urteilen und zu verurteilen. Auch ist es verfehlt, den Christlichen Gewerkschaften vorzuwerfen, sie hätten durch ihre Auseinandersetzungen mit den »Freien« Gewerkschaften die Front der »Werkstätigen« egoistisch geschwächt, durch den Kampf gegen die »Sozialreaktion« blind den falschen Gegner bekämpft und sich insgesamt nicht genügend entschieden gegen den Nationalsozialismus gestellt.